



## Regierungsratsbeschluss vom 23. Februar 2016

Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

---

P151845

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

### **Begründung**

Bei der Vernehmlassung des Bundesamtes für Justiz zur geplanten Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) geht es um verschiedene Änderungen des Zugangs zum Bundesgericht. Der Regierungsrat signalisiert in seiner Vernehmlassungsantwort grundsätzliche Zustimmung zu Teilen der Revisionsvorlage, so etwa zur Harmonisierung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit dem Bundesgerichtsgesetz. Er kritisiert die Vorlage aber auch in einigen Punkten. So wird etwa in Zweifel gezogen, ob der vorgeschlagene Weg zur Fokussierung des Bundesgerichts auf grundlegende Rechtsfragen und besonders bedeutende Fälle tatsächlich zu einer Entlastung des Bundesgerichts führen wird.

